

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Dresdner Nachrichten
Gesamtnummer: 25 241.
Für die Nachdrucke: 2001.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflageung über durch die Post
bei täglich zweimaligem Verband monatlich 30.— M., vierstündig 30.— M.
Die 1 Spalte 20 mm breite Zeile 7.— M., aufwärts 8.— M., Familien-
angebote, Anzeigen unter Seiten- und Werbungsmarkt, 1 Spalte 8.— M. und Ver-
mehr bis Zeile 9.— M., Vierseitige An- und Werbung, ausführliche Ausführungen gegen
Vorauszahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 1.— M.

Schriftleitung und Hauptredaktion:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Oelsch & Reichart in Dresden.
Postleitzahl-Kennz. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattet. — Unterlängte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hilfsaktionen für Österreich.

Erliegerungspläne der Volkskonsferenz zugunsten Österreichs.

(Vorbericht der „Dresden Nachrichten“)
Paris, 14. Juni. Die Volkskonsferenz hat beschlossen, an die österreichischen Deutschen zu interpellieren, um von ihnen zu verlangen, daß sie während 20 Jahren auf ihre Privilegien verzichten, um die sofortige Anwendung des Kreditsystems für Österreich zu ermöglichen.

Der moralische Zusammenbruch der österreichischen Bevölkerung.

(Vorbericht der „Dresden Nachrichten“)
Paris, 14. Juni. Der Vertreter der „Alberts“ in Wien hatte eine Unterredung mit dem Bundeskanzler Dr. Seipel, der sich darüber beschwerte, daß die Kreditfrage an Österreich, die in Paris und London angeschnitten worden sei, noch immer keine endgültige Lösung gefunden habe. Die verhängnisvolle Verzögerung, sagte er, ist nur allzu klar. Es erscheint mir noch wichtiger als jemals, daß jetzt eine endgültige Entscheidung getroffen wird, wenn man nicht den ganzen Erfolg in Frage stellen will. Der neue Sturz der Krone ist zweifellos ein schweres Amt, das dafür, aber die wirkliche Katastrophe ist nicht so leicht der Zusammenbruch der Währung, als derjenige der Moral der österreichischen Bevölkerung. Der Bundeskanzler mußte dann ein sehr schiefes Bild der augenblicklichen Weißeröffnung in Österreich und sagte, von dem Sturz der österreichischen Währung stammten diese zahlreichen Angstgefühle, die einen so großen Einfluß in allen Kreisen der Gesellschaft ausübten, sogar das Parlament sei von diesem Gefühl der Angst ergreift. Eine Erhöhung dieser übleren Stimmung wäre der Tod des Landes, und das muß um jeden Preis verhindert werden. Er selbst werde den Mut nicht verspielen und, solange noch eine Aussicht zu Verhandlungen und zur Rettung da sei, den notwendigen Optimismus für energetische Entschlüsse behalten. Am übrigen meinte er, daß die innenpolitische Stimmung sich wohl bessern werde. Anzeichen dafür seien vorhanden. In kurzer Zeit werde man zu einer Entspannung gelangen. Man habe jetzt etwas mehr Boden unter den Füßen gefunden. Durch die Kredite von 20 Milliarden Kronen sei auch der Weitergang der Regierungsmaschine gewährleistet. Politisch sei die Lage günstiger, aber die wirtschaftliche Krise läuft sehr schwer auf der Bevölkerung.

Die verschlechten Absichten der Tschecho-Slowakei auf Österreich.

Prag, 15. Juni. Einem Redakteur des „Prager Tagesblattes“ ist an machender Stelle über die Stellung der Tschecho-Slowakei zur gegenwärtigen Krise Österreichs gesagt worden: Die Prager Politiker glauben, daß einzige rettende Mittel in folgenden Maßnahmen zu sehen: Nachgestaltung der Dinge dürfe Österreich außerstande sein, nach-

die unentbehrlichen Vorkehrungen zur Sanierung des Staatskredites zu treffen. Das erste, was also getan werden muß, ist Einführung einer internationalen Kommission, die die Verwaltung des Staates zu übernehmen und alle Vorkehrungen zu treffen hat, die zur Gewinnung der Finanzen erforderlich sind. Die Initiative zur Einführung dieser Kommission müßte von der Wiener Regierung ausgehen. Würde sie sich dann an die Prager Regierung wenden, so würde diese sich vermutlich bereit erklären, die österreichische Regierung in dieser Beziehung zu unterstützen. Sonst irgendwie einzutreten, würde die Tschecho-Slowakei durchaus ablehnern. Alle Nachrichten, die darüber in die Welt gelegt wurden, so jene über eine angebliche militärische Intervention im Falle des Ausbruchs von Unruhen oder überhaupt über eine aktive Politik, welcher Art immer, sind falsch. Eine der wesentlichsten Funktionen der internationalen Kommission wäre:

1. Die genaue Festlegung der Währung.

2. Der Abbau des Staatenvermögens.

In diese beiden Akte müßte sich ein ausreichender Auslandskredit anschließen, der mit Sicherheit gewährt werden würde. Bei der heutigen Lage Österreichs ist ein solcher Kredit kaum zu erwarten. Über den Anschluß an Deutschland sollten ernste Sorgen nicht sprechen.

Ein neues amerikanisches Hilfswerk für Deutschland und Österreich.

Berlin, 15. Juni. Auf dem Kongress in Chicago, auf dem Vertreter fast aller Zweigvereine des Deutschamerikanischen Hilfsausschusses versammelt waren, ist ein neues Hilfswerk beschlossen worden. Es soll eine Sammlung veranstaltet werden von mindestens 3 Millionen Dollar, deren Ertrag den arbeitenden und unteren Klassen in Deutschland im Deutschen Reich und in Österreich in den nächsten drei Jahren zufließen soll. 60 Prozent sollen nach Deutschland, 20 Prozent nach Österreich gehen und 20 Prozent vorläufig zurückbehalten werden. Mit dem Betrag soll bei besonderen Unglücksfällen der alten deutschen Heimat beigesprungen werden. Die bewährte Organisation des Hilfswerkes bleibt die alte. Die gesammelten Mittel werden durch das Hilfkomitee in New York an das Deutsche Rote Kreuz in Berlin weiterverbracht.

Einladung Löbes an Bauer.

Berlin, 15. Juni. Im Namen des Österreichisch-Deutschen Volksbundes riefte der Reichstagspräsident Löbe am Mitglied des österreichischen Nationalrates Otto Bauer ein Telegramm, in dem er erklärte, daß der Volksbund mit großem Interesse von dem Wirtschaftsplan Bauer's Kenntnis genommen habe, und Bauer einlade, ehestens in Berlin vor einem Kreis von Politikern und Wirtschaftlern der verschiedenen Parteien seinen Plan zur Diskussion zu stellen. (W.T.B.)

Vor der Ratifizierung des Räumungsabkommen.

(Druckschrift unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 15. Juni. Das deutsch-polnische Räumungsabkommen wird heute voransichtlich ratifiziert werden. Die Räumung beginnt erst nach erfolgter Ratifizierung.

Der Schutz der deutschen Minderheit in Polisch-Oberschlesien.

(Druckschrift unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 15. Juni. Auf eine Anfrage wegen der Wahlordnung zum künftigen polnischen Reichstag, die eine weitgehende Verkürzung der staatsbürgerschaftlichen Rechte der deutschen Minderheiten in Polen bedeuten würde, ist seitens des Auswärtigen Amtes schriftlich geantwortet worden:

Da es bei der Wahlordnung sich um eine innerstaatliche Angelegenheit Polens handelt, hat die deutsche Regierung, besonders mit Rücksicht darauf, daß die endgültige Fassung der Vorlage stark umstritten ist, bisher davon abgesehen, die Bestimmungen, die sich in der Richtung einer Beeinträchtigung der staatsbürgerschaftlichen Bestätigung der deutschen Minderheit auswirken werden, zum Gegenstand eines diplomatischen Schritts zu machen. Für Polisch-Oberschlesien würde diese Wahlordnung gesetzesmäßig eine Verlegung des Artikels 76 des bestehenden polnisch-deutschen Abkommen über Oberschlesien darstellen. Die deutsche Regierung verfolgt deshalb die weitere Entwicklung mit gespannter Aufmerksamkeit und wird im gegebenen Zeitpunkt mit den Handhaben, die das oberösterreichische Abkommen bietet und den völkerrechtlich anerkannten Mitteln für die Rechte der deutschen Minderheit eintragen.

Überführung oberösterreichischer Gefangener in das besetzte Rheinlandgebiet.

(Druckschrift unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 15. Juni. Die Streitfrage wegen der politischen Gefangen in Oberschlesien ist beigelegt. Poincaré hatte seinerzeit in der Kammer davon gesprochen, daß die Gefangenen in das Ausland übergeführt werden sollen. Es ist nun eine Regelung gelungen, wonach die deutschen Gefangenen in das besetzte Rheinlandgebiet überführt werden. Die Aburteilung soll durch deutsche Gerichte in dem besetzten Gebiet erfolgen.

Rücksichtlose Forderungen der Entente.

Berlin, 15. Juni. Wie aus Tughanen gemeldet wird, fordert die Entente, daß die Wälle des Minendepots Großenbinn an vier Monaten niedergelegt werden müssen. Die Fortschaffung der Erdmengen würde allein schon dem

Die Christliche Elternschaft für das Volksbegehr.

Vom Landesverband der Christlichen Elternschaft Sachsen erhalten wir die folgenden Ausführungen:

Vom 6. bis 19. Juni liegen die Listen zur Eintragung für das Volksbegehr auf Auflösung des jetzigen Landtages aus.

Wie steht die christliche Elternschaft hierzu?

Der Landesverband hat in einer eigend zu dieser Frage einberufenen Sitzung seines Vorstandes am 20. April 1922 seine Stellung dahin genommen, daß die christliche Elternschaft kein Interesse daran hat, daß der jetzige Landtag weiter amtiere. Der Vorstand der Christlichen Schule ist in der Presse veröffentlicht worden.

Es gilt hier, sich an folgende weitere Tatsachen zu erinnern:

1. Der jetzige Landtag hat auf dem Gebiete der Kultusfragen die gleichen Bahnen eingeschlagen, wie sein Vorgänger. Er hat wie dieser die Rechte der christlichen Elternschaft mit zu führen getreten, sodass die letzten dreihunderthalb Jahre für die christliche Elternschaft Sachsen einen wahren Leidensweg bedeuteten. Von der Dezemberverordnung des damaligen Volksaufsichtsräten Buch im Jahre 1918 an, wodurch der Religionunterricht unter Besetzung des Katholizismus unterrichts auf zwei Stunden beschränkt, der Schuldirektor abgelehnt und unter einst so reichhaltigster, hochentwickelter Schulwesen einer überidealen Gleichmacherei zu Sieben zerschlagen wurde, ohne gleichwertigen Erhalt für das Berthöre bieten zu können, hinüber über das elternfeindliche Nebengangsschulgebet des früheren Bischofspauer Seminar direktors und Kultusministers Seiffert, welches diese Fäden fortspunnte und die bisherigen Verordnungen in Gesetzesform Kleidete, die Lehrerlichkeit aber hattet des reichsgerichtlich vorgeschriebenen Verhältniswahlrechts mit dem vorstinktlichen Wahlrecht nach einschärfen Stimmenmehrheit für die Wahl zum Schulleiter in die Schulräte, in den Bezirksschulräte nun beglückte, bis zur fürstlichen Kultusministers Fleischer und seinem Schulbedarfsgesetzen im Jahr, durch welchen das Berthörsungsverfahren an unserem Volksbildungswesen vollendet werden soll und durch welches den Gemeinden und damit der Elternschaft der letzte Rest von Einfluss auf die Besetzung der Lehrstellen genommen werden soll, zieht sich wie ein einheitlicher roter Faden das Bestreben,

a) die Schule zu einem politischen Kampf- und Zwangsmittel in der Hand der jeweils herrschenden Parlamentsmehrheit zu machen,

b) zu diesem Zweck die Elternschaft sowohl wie die politischen Gemeinden, welche nur noch zum Geldhergeben gerade gut genug sein sollen, von jedem nur irgendwie maßgebendem Einfluss auf die Schule auszuholzen;

c) die Lehrerlichkeit aber zu willenslosen, gefüglichen Werkzeugen in der Hand der jeweiligen Meierierung herabzuwürdigen, weshalb der Lehrer, ohne gehört zu werden, jederzeit soll veracht werden kann, wenn es seine oberste Dienstbehörde für nötig hält.

2. Unter einer solchen Politik hat unser einst so hoch entwickeltes Schulwesen aufs schwerste gelitten. Durch die Verzerrung der Schulen nur die sogenannte allgemeine Volkschule herbeizuführen und durch das Bestreben, den Gesamtunterricht möglichst auszudehnen und den Gedanken der vielseitigen Arbeitschule zu verwirren, ist unser Volksschulwesen Experimenten ausgesetzt worden, durch welche der Bildungsgrad erheblich herabgedrückt worden ist. Man kann sagen, es betrifft heute allgemein eine Volkschulnot. Das Vertrauen der Elternschaft zur Schule ist schwer erschüttert. Der Schulzettel wird immer lästiger und drückender empfunden. Wer das Mittel aufbringen kann, sucht seine Kinder möglichst bald Realschulen, Privatschulen und ähnlichen Unterrichtsanstalten aufzuführen, um mit den unerträglichen Beruhinissen, wie sie heute in den Volksschulen leider vielfach herrschen, nichts zu tun zu haben.

3. Der Kleinkampf, wie er häufig an den einzelnen Schulen unter den Augen und unter dem Schutz der derzeitigen Regierung gegen den christlichen Charakter der Schule – im Gegensatz zum Artikel 77 der Reichsverfassung! – sich abspielt, bedeutet eine steile Radikalitätspolitik gegen die christliche Elternschaft. Die Verhinderungen dagegen bleiben fast regelmäßiger erfolglos.

4. Am belästigendsten ist in der Tat die, daß die jeweiligen Führer der sozialdemokratischen Partei kein Verständnis für die Fragen der christlichen Schule zeigen, ja, daß sogar von Arbeiterschaften und ihren Organisationen Geldmittel für den Kampf gegen die christliche Schule eingesetzt und verwendet werden, obwohl gerade viele Angehörige der Gewerkschaften Mitglieder der christlichen Elternschaft sind und für eine christliche Erziehung ihrer Kinder eintreten. Das Volk begehten gibt der christlichen Elternschaft das Mittel in die Hand, allen Kreisen, die es angeht, zu zeigen, daß die Kultusfrage der christlichen Schule anderer behandelt und beachtet werden muß als bisher. Bei der Neuordnung des Landtages müssen von allen Parteien Männer als Landräte aufgestellt werden, welche andere als die bisherigen Abgeordneten dieser Frage die ihr gebührende Bedeutung beimessen und sich anders zu ihr einstellen. Gerade die Schulpolitik hat jedem Einzelnen gezeigt, daß man sich an den Fragen des öffentlichen Lebens in drei facher Weise einzustellen muß, nämlich

a) nicht nur nach politisch, d. h. danach, welche Partei im Staate die innere Macht hat und nach ihren Grundsätzen die inneren und äußeren Machtfaktoren behandeln soll, und

b) nicht nur wirtschaftlich, d. h. danach, von welcher Partei man seine wirtschaftlichen Interessen am besten vertreten glaubt.

Amerikas unwirklicher Einfluß auf Frankreich.

(Vorbericht der „Dresden Nachrichten“)
Reuox, 15. Juni. Die Nachricht über den Scheitern der Anleiheverhandlungen hat den Blättern Anlaß zu Betrachtungen gegeben, die darin gipfeln, daß die amerikanische Finanzwelt von dem Resultat nicht überrascht wurde. Man war seit der leichten Unterbrechung der Pariser Verhandlungen vollkommen darüber orientiert, daß Frankreich auf eine Herauslegung der Entschädigungsforderungen nicht eingehen werde. Die Regierung unterhielt dauernd einen sehr regen Depeschenwechsel mit Paris, der sich darum drehte, der französischen Regierung die Folgen des in Aussicht stehenden Fiaskos vorzubauen. Der Einfluß möglicherweise in Paris nicht gewirkt haben. Ein Bericht Morgans traf bisher nicht in Washington ein. Die „World“ schreibt: Es war eine politische Frage, womit sich die Finanzwelt befassen mußten; da sie darin keine Freiheit des Handelns besaßen, kann uns das Resultat nicht in Erinnerung versetzen. Wir kennen die europäische Politik und müssen immer wieder feststellen, daß es für uns besser ist, wenn wir keinen Anteil daran nehmen, so lange die Führer der Politik an ihren veralteten Bekennissen festhalten.

Tschischerin's Vertrag mit Italien von Russland abgelehnt.

Berlin, 15. Juni. „Rus.-Pres“ meldet: Der Rat der Volkskommissare hat am 9. Juni über den in Genua mit der italienischen Regierung abgeschlossenen Vertrag einstimmig beschlossen:

1. Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten (Tschischerin) wird beauftragt, der italienischen Regierung mitzuteilen, daß der Rat der Volkskommissare dem in Genua am 24. Mai von Krassin und Tschischerin mit Italien abgeschlossenen Vertrag nicht ratifizieren kann; denn dieser Vertrag steht in augenscheinlichem Gegensatz zu dem Beschlus der letzten Konferenz des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees. Das Komitee hat genau gesehen die Grundlagen festgelegt, unter welchen die Sovieterregierung Verträge mit einzelnen Staaten abschließen darf.

2. Der Rat der Volkskommissare fordert das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten auf, die Verhandlungen mit der italienischen Regierung zwecks Bereitstellung eines annehmbaren Vertrages, der von der nächsten Konferenz des Zentral-Exekutivkomitees ratifiziert werden kann, aufzunehmen.

Stones im Haag.

Am 15. Juni. Stones ist hier eingetroffen.

es sondern auch kulturpolitisch, d. h. danach, ob die Partei, welche man seine Stimme gibt, auch in den kulturfragen, besonders in der Schulfrage, die richtige Stellung einnimmt. Denn der Mensch lebt nun einmal nicht von Fleisch und Brod allein. Und geistige Not tut mehr als körperliche Not.

Die christliche Elternschaft fordert, daß der politische Kampf aus der Schule endlich wieder verschwindet. Diese Forderung müßten eigentlich alle Parteien ohne Ausnahme erheben und nach ihr handeln. Denn ein jeder muß sagen, daß die Landtagsmehrheit von heute zur Minderheit von morgen werden kann und daß es ihm und seinen Kindern dann in der Schule so geht, wie jetzt den christlichen Eltern und ihren Kindern! Jedem das Seine! Man trenne endlich die Schulen und gebe den Anhängern der Weltanschauungs-Schulen ihre weltliche Schulen mitamt den Lehrern, welche jetzt sofort dafür eintreten. Läßt aber geben man endlich unsere christlichen Schulen mit den Lehrern, welche durch das Vertrauen der christlichen Elternschaft an diese Schule berufen werden. Dann wird sofort Ruhe und Frieden sein. In unseren christlichen Schulen aber wird eine neue Blütezeit unserer einst weitverzweigten sächsischen Volkschule anheben.

Sowie jetzt so es aber nicht weiter gehen. Deshalb tritt die christliche Elternschaft wie ein Mann für das Volksschachten ein. Das ist ihre Antwort auf all die Verfolgungen, auf all die Unbill, die sie in den letzten Jahren erlebt hat. Das ist aber auch der Anfang neuer, besserer Zustände in unseren Schulen, die wir, so Gott will, für recht bald erhoffen."

Sächsischer Landtag.

III. Sitzung.

Dresden, den 15. Juni 1922.

In Vertretung des Präsidenten Gräbendorf, der sich, wie bekannt, auf einige Wochen in ärztliche Behandlung begieben hat, eröffnete Vizepräsident Dr. Wagner (Soz.) über die Sitzung. Es wird beschlossen, den Antrag Arzt (Soz.) auf Einschränkung des Autotransports an Sonntagen zu verhindern mit zu verhindern, obwohl er nicht auf der Tagesordnung steht.

Abg. Gathen (Soz.) erhielt darauf im Auftrage des Haushaltsausschusses A den Bericht über die Kapitel des Haushaltshaushaltberichts für 1919 und 1920 sowie über dieselben Kapitel der Staatshaushaltspläne für 1921 und 1922, die die

staatliche Polizei

umfassen. Der Berichterstatter bemerkte, daß er nicht in der Lage sei, das geschlossene Votum einer Ausschussmehrheit für die in Frage stehenden Kapitel vorzuschlagen. Jeder Abgeordnete werde selbst zu entscheiden haben, wie er die unerlässlichen Aufgaben im Interesse der Sicherheit des Landes zu lösen habe. Für das Rechnungsjahr 1921 sind die Einstellungen für das Polizeipräsidium Dresden und für 1922 die Einstellungen für die Polizeidämter der sechs Großstädte (Kapitel 48), deren Sicherheitspolizei vom Staat übernommen werden soll, abgelehnt worden. Ebenso ist im Ausdruck abgelehnt worden der § 3 des Finanzgesetzes auf das Rechnungsjahr 1922, nach dem die genannten Städte für jedes Jahr drei Fünftel des Aufwandes der staatlichen Sicherheitspolizei als Beitrag an den Staat zu entrichten haben. Die Vertreter der Gemeinden haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Staat, wenn er den Gemeinden eine Einrichtung abnehme, gerechterweise auch die Kosten bezahlen müsse. Der Berichterstatter verzichtete mit einem Teile des Ausschlusses jedoch eine andere Meinung. Wenn die Ausgaben vom Staat übernommen würden, müßten auch die Einnahmen auf den Träger der Kosten übergeben. Der Ausdruck ist infolgedessen in diesem Punkte zu seinem Ergebnis gekommen. Was den

Aufbau der Polizei

betrifft, so wird die Regierung ersucht, im Reich und in den Ländern einheitliche Grundlinien anzustreben. Es wird u. a. vorgeschlagen, daß die Anwärterlaufbahn nicht vor dem vollendeten 20. Lebensjahr beginnt. Der Unterricht ist einheitlich aufzuteilen, so daß den Befähigten die Aufstiegsmöglichkeit unbeschränkt gewährleistet wird. Soweit für den Eintritt in eine Beförderungsstelle Prüfungen vorgeschrieben sind, haben sich alle Bewerber dieser zu unterziehen. Die Polizeibeamten nehmen beamtenrechtlich dieselbe Stellung ein, wie alle übrigen Beamten. Staatsbürgersicherer Unterricht ist in allen Zweigen der Polizei zu erzielen. Für Sachsen ist eine Landesschulkommission zu bilden. Ausgebildete Polizeibeamte sind nicht unter die Gruppe I der Beförderungsordnung einzuführen. Der Einzelbedienst hat nicht vor dem 24. Lebensjahr zu beginnen. Die Regierung wird ermächtigt, die Vermittlung der Regierungskommission vor Eintritt geschlossener Polizeiverbände für alle Polizeiaarten anzurufen. Der zum Eintritt erforderliche Dienstbefehl ist von den Kreishauptmannschaften zu erlassen. Eine einheitliche Polizeiverwaltung ist alsbald

einzurichten. Die Zuständigkeit der verschiedenen Polizeidämter ist gesetzlich zu regeln.

Innenminister Lipski

führt aus: Nachdem die große Verbrüderung zwischen den Rechtsparteien und den Kommunisten stattgefunden habe, die zur Ablehnung des Kap. 48 im Ausschuß führte, wollte er die Folgen darlegen, die sich aus dieser Ablehnung ergeben. Die Landespolizei sei aufgestellt auf Drängen von rechts, nicht von links. Die Ausgaben müßten sich natürlich auch im Staat auswirken. Von den landwirtschaftlichen Organisationen sei eine Verstärkung des Flurbuches immer wieder gewünscht worden. Auch viele industrielle Verbände hätten eine Vermehrung der Polizei gefordert. Diese Eingaben seien von den bürgerlichen Parteien akzeptiert worden. Die Polizei gehöre zu den sozialen Notwendigkeiten. Der Abg. Blüher habe das lokale Interesse der Stadt Dresden zu sehr in den Vordergrund gerückt. Er habe keine Amtsgewalt gewünscht, indem er die Organisation der Polizeibeamten bearbeitete, sich gegen die Vorlage über das Polizeiwesen zu wenden. (Oberbürgermeister Blüher: Volkommener Unstimm.) Der Abg. Blüher habe sich auch gegen die Besitzungen des Ministeriums gewandt, den Wahlkreis auf das Gebiet nördlich der Wilsdruffer Straße zu beschränken. Habe man gegen diese Regelung so starke moralische Bedenken und verwirgt sie die Mittel, so könne man dieser Regierung auch nicht zumuten, daß sie den Oberbürgermeister und das Rathaus schlägt. Er (der Minister) habe die Gewaltspolitik des alten Staates abgelehnt und erreicht, daß die Polizei nicht provokatorisch auftrete. Die ermittelnde Tätigkeit der Kommissare müsse dankbar anerkannt werden. Das Ministranten-Votum steht auch im Widerstreit damit, daß der Abg. Blüher ihm den Dank für die schnelle Erfüllung der Einverleibungsfrage ausgesprochen habe. (Heiterkeit.) Die Ablehnung sei ein Vierbedienst für die Einheit. Mit der Ablehnung übernehmen die bürgerlichen Parteien die Verantwortung für die Sicherheit des Landes. Der Minister wendet sich dann gegen die von den Kommunisten eingebrachten Minderheitsanträge. Die Polizeifeindlichkeit der Kommunisten sei nur Theater. Sie hätten den polizeilichen Schutz der Sondervertreter, die durch Deutschland reisten, dankbar empfunden. (Zurück von rechts: Die Kommunisten fallen schon noch um! Heiterkeit.) Der Minister willt zum Schluß den Freunden von rechts und links viel Glück und Erfolg". (Bei Redaktionsschluss dauerten die Verhandlungen an.)

Deutschland und Sachsen.

Dresden, 15. Juni.

Wohnungsbaufragen

fanden in einer gemeinsamen Sitzung der Haushaltsausschüsse A und B des Landtages zur Verhandlung. Im ersten Votum stand Titel 5 des außerordentlichen Haushaltplanes für 1921 — Kapitalbeschaffung des Staates an der Landesbildungsgesellschaft Sachsisches Heim — zur Besprechung. Der vorgebrachten Beteiligung des Staates mit 2895 000 M. für 1922 an dieser Gesellschaft wurde zugestimmt. In Aufsichtsrat und Vorstand der Gesellschaft sollen zwei Landtagsabgeordnete entsandt werden. Vor unabhängiger Seite wurde hervorgehoben, daß der Landtag bei der Verteilung der bewilligten Bauaufschüsse mitzuwirken Gelegenheit erhalten müsse. Die von dieser Seite beantragte Einführung eines Ausschusses zur Überwachung der Zuflussverteilung wurde einstimmig angenommen. Im Berlaufe der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß in Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen große Mengen Baustoffe an das Ausland geliefert werden müssten. Von deutsch-nationaler Seite wurde die Schadenswürfe unter tätiger Hilfe des Eigentümers verteidigt, während die Plan von sozialistischer Seite als nicht zeitgemäß verworfen und die härtere Forderung der sozialen Baubetriebe verlangt wurde. Die Demokraten verlangten Beteiligung des Sachsenlandes an der Auflösung von Mitteln zur Erhöhung der Wohnungsnachfrage. Die Berichterstatterin Frau Abg. Hüttner vereidigte die Freiheit der Wohnungsbuchenden, sich einfachste Mittel auszuringen. Von volksparteilicher Seite aus wurde der Ausspruch widergesprochen, die sozialen Baubetriebe seien vorstülpster. Die Regierung wies darauf hin, daß aus den Mitteln, die das Reichsmittelengesetz bringt, etwas Hilfe erwachsen würde. Durch Entgegenkommen auf neuere Weise gebiete sie die Beschaffung von Baukapital geplant. Leider habe die Regierung sich noch nicht entschieden können, diesem Plan beizutreten.

* Urlaub des Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Buch vom 19. Juni bis 20. Juli beurlaubt. Seine Vertretung übernimmt der Minister des Innern Lipinski. An den Ministerpräsidenten Buch persönlich gerichtete Anschreiben müssen während der Zeit seines Urlaubs unbedingt liegen bleiben. Es empfiehlt sich daher, derartige Schreiben an die zuständigen Ministerien (Staatskanzlei, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten) zu richten.

Kunst und Wissenschaft.

* Mitteilungen der Stadttheater. Opernhaus: In der Vorstellung "Die Bohème" heute, Donnerstag, singt nicht, wie bekannt gegeben, Elisabeth Reibberg, sondern Gretl Merrem-Ritsch die Rolle der Mimì. Die Rolle der Mimi singt Angela Bidron vom Stadttheater in Chemnitz als Mimi. — Morgen, Freitag, singt in "Dreyfus" und "Turandot" den Gros nicht Gretl Merrem-Ritsch, sondern, wie in den vorhergehenden Aufführungen Angela Polnias. — Sonnabend, den 17. Juni, "Tosca" mit Eva Plaschke von der Osten in der Titelrolle, Bottner und Burg. — Der Komponist Jan Brzak's "Bunys" ist in Dresden eingetroffen, um den Proben zu seinem neuen Werk "Der Mann im Mond" beizuhören, das am 18. Juni hier seine Uraufführung erlebt.

Schauspielhaus: Besonderer Umstände halber bleibt Montag, den 19. Juni (7), doch die ursprünglich angekündigte Vorstellung: Schillers "Wilhelm Tell"-Spielzeitung: Wiede. — Es ist gelungen, auch in diesem Jahr eine Reihe hervorragender Mitglieder des Wiener Burgtheaters zu einem Gastspiel im Schauspielhaus zu gewinnen. Der außerordentliche Erfolg der vorjährigen Aufführungen von Molnar's "Schwan" wird noch in aller Erinnerung sein. Das neuerdings geplante Gastspiel soll in der Zeit vom 2. bis 15. Juli stattfinden und den Dresdnern zwei Werke vorführen, bei denen Wiedergabe die künstlerische Eigenart des Wiener Burgtheaters sich besonders eindrucksvoll geltend machen kann: "Das Märchen vom Wolf" von Molnar und "Frau Sultan" von Schönherz. Als Darsteller werden die Drosschauspielerinnen Hedwig Bleibtreu und Caroline Medelsky, die Drosschauspieler Hermann Koberg und Max Paulsen, sowie acht weitere Mitglieder des Burgtheaters mitwirken.

* Neustädter Schauspielhaus. Am Freitag (16.) gastiert Hermine Römer zum ersten Male in Dresden als "Fräulein Julie" und "Die Stärke" von Steinberg. Das Gastspiel sonntags ist auf die ganze nächste Woche ausgezogen.

* Schwedische Kirchenmusik wird nächste Sonnabend 8 Uhr in der Kreuzkirche vespere dargeboten. Als Komponisten werden hierbei die dem Kreuzdeutsche naheliegenden Stodhalmer Meister Eliot Lindberg, Morgen, Börgers und Petersen-Bergen vertreten sein, letzterer ein Schüler des verstorbenen Hermann Scholy in Dresden. Der durch seine Schweden-Konne "Morgen" bekannte Elias Eliot weilt vom Rom kommend, augenblicklich in Dresden.

* Neustädter Schauspielhaus. Gastspiel Hermine Römer. "Auf vielseitigen Wunsch": "Die Nacht der Jenseit" von Robert Precht. Der vielseitige Wunsch ist leicht glaubhaft, denn dieses Theaterstück, das genau vor einem Jahre von der Römer nach Dresden gebracht worden ist, entspricht den Wünschen des Theaters enblümung in der Tat herrlich. Die Viehschafft der schwedi-

schen Nachtgall mit dem lyrisch-musikalischen Mediävisten Villroth in der rotenfarbenen Beleuchtung von Studentenromantik, Kunstbegeisterung und Liebesglück, das ist so recht, was das Herz begehr, wenn es keine erhabensten Ansprüche an Kunst zu stellen vermag. Und Hermine Römer in ihren sie entzückend kleidenden alten Trachten, mit der "Gefühlsmusik ihrer schwedischen Stimme", das ist auch des wiederholten Ansehens und Anhörens wert. Die vielen Seiten, die das gewünscht hatten, waren auch da und bereiteten dem berührenden Gäste ein Dankfest der Erkenntlichkeit. Diesmal stand Werner Raaf als Villroth ihr gegenüber, und auch er vermittelte durch jugendliche Gefühlswärme und sympathische Erfindung zu verstehen. Unter den sonst nur ganz statthaften behandelten kleinen Rollen war noch der alte Musikhistoriker, den Walter Strom spielt, bemerkenswert. F. Z.

* Mary Wigman heißt die Zugkraft, auch außerhalb der "Saison" den Vereinsaal zu füllen. Die Kunst dieser einzigartigen Tänzerin hat im Dresdner Boden, der gewiß für Künstler nicht gerade besonders überschüssige Treibhauswärme aufweist, feste Wurzeln gesetzt. "Ein wirkliches Bauwerk ist versteineter Rhythmus", sagte einmal Platner. Ein wirkliches Tanz ist in jeder Beziehung zum vollen Leben erwachter Rhythmus, könnte man das Vorstellen. Und so ist es bei Mary Wigman. Ein Programm braucht man bei ihr eigentlich gar nicht. Es kommt bei dieser Künstlerin nicht darauf an, was sie tanzt. Der volle Wert liegt in dem, wie sie es tanzt. Der Titel in Nebentext. Alles aber ist der Inhalt. Und bei Mary Wigman dominiert der Inhalt. Die Aktion über ihre Tanzkunst findet bei weitem noch nicht geschlossen. Man entdeckt immer Neues. Jeder ihrer Tanzabende hat irgendwo ein Neues. Sie steht noch ständig in der Entwicklung. Und trotzdem ist ihre Kunst abgeschlossen. Abgeschlossen allerdings nur nach dem Grundsatz, daß Stillstand Rückgang ist. Und Mary Wigman kennt keinen Stillstand. Aus diesem Grunde heraus wird man noch oft Gelegenheit haben, die Tanzkunst dieser eigenartigen Künstlerin bewundern zu können und wirklich greifbare Werte daraus zu schöpfen. O. H.

* Die Beizelbstmänner der deutschen Theater werden am 18. Juni in Berlin zu einer außerordentlichen Versammlung zusammengetreten, um zu dem Konflikt, der mit dem beabsichtigten Austritt zahlreicher Theater aus der Bühnenenschaft zusammenhängt, Stellung zu nehmen.

* Die Berliner Gesellschaft wählt in der letzten Hauptversammlung für das Ausstellungsjahr 1922/23 zum Vorsitz: Prof. Louis Corinth, Ernst Gräfe, Franz Hedenburg, Willi Jaekel, Rob. G. Scholz, Eugen Spiro und Josef Thorak.

* Deutsche Künstler nach Amerika. Direktor Galli-Gaspari von der Metropolitan-Opera in New York, der sich zurzeit in Wien aufhält, hat für die kommende Spielzeit

* Das Mietgrenzengebot für Richter wurde vom Reichsminister des Handels entsprechend dem Regierungsentwurf verabschiedet. Die von den Rechtsparteien gestellten Anträge wurden abgelehnt. Der leinerige von dem demokratischen Seite eingebrachte Antrag, dieses Gesetz auf alle Staatsbeamte auszudehnen, war zurückgezogen worden.

* Die Parlamentarist aller lächelnden Heldensiedlungen und zugleich Bundestag deutscher Heldenlandes ist heute, Donnerstag, mit der Hauptvorstandssitzung eröffnet worden. Daher sind die Heldenlandes bereits eingetragen. Morgen, Freitag, findet großer Empfangsabend im Zoologischen Garten statt.

* Die 7. Landestagung der Genossen für Jugendfürsorge, die am 17. Juni wieder in Dresden stattfindet, wird für viele ein ganz besonderes Interesse gewinnen durch den einen Vortrag, der das neue Reichsjugendwesen behandelt. Manches von dem darin enthaltenen ist in Sachen schon in Kraft getreten. Anders wird auch für uns von Wichtigkeit sein. Die Tagung findet von 10 bis 1 und 3 bis 5 Uhr im Saale des Jugendamtes, Landhausstraße 7, Hof. 2. statt.

* Wohnungsnot und Siebelung. Über dieses zeitgemäße Thema spricht morgen, Freitag, abends 8 Uhr, im Ratskeller zu Bösdau der Verbandsvorstand der Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegersiedlungen, Ernst Dietel, in einer Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei.

* Großfeuer in Bautzen. Ein Schadenfeuer, wie es in gleichem Umfang Bautzen seit Jahren nicht gesehen hat, fachte heute, Donnerstag, früh die Holzhandlung des Baumeisters Hermann Krantz beim. Das Feuer war gegen 8 Uhr morgens in der Tischlerei ausgebrochen und fand an den Holzworräten reiche Nahrung. In den Tischlerei wurden wertvolle Kunstmöbel, die für einen Bauroux-Bau neu gebaut wurden, im Werte von allein mehreren Hunderttausend Mark vernichtet. Der Schaden an Baulern ist nicht zu übersehen, da vor allem in grohem Umfang mehrere ausländische Hölzer vernichtet wurden. Die eingebauten Gebäude waren vor noch nicht langer Zeit erst erbaut worden. Das Feuer wütet jetzt noch. Die Entzündungsurache ist unbekannt. Eine eigenartige Verquälzung der Umgebung ist es, daß zu gleicher Zeit in der Lithographischen Anstalt von Bautzen auf der Bautzner Straße ein Feuer ausbrach. Dort war ein Kohlenlager in Brand geraten, das aber bald gelöscht werden konnte.

* Kraftwagenabfuhr. Morgen, Freitag, lädt ein Bautzner Kraftwagenclub über Pirna nach Schmöckwitz ab. Abfahrt 7 Uhr Hauptbahnhof, Rückfahrt ab Schmöckwitz nach Pirna 7 Uhr. Vorankündigung von Bautzen Bismarckplatz 2.

* Kleine kirchliche Nachrichten. Martin Luther-Gemeinde. Im Volkschristlichen Verein hält morgen, Freitag, abends 8 Uhr, im Gemeindesaal, Martin-Luther-Platz 5, Dobrik G. Schlech einen Evangelisationsvortrag über "Hört vor des Propheten Stimme".

* Der Wolfsschläge Bautzner hält morgen, Freitag, 7 Uhr, im Schöpfer, Kraatz, einen außerordentlichen Vortrag ab und mit geistlichen Gedanken ab (der schönste Weiber im Paradies). Hierbei wird Maria Waldbauer aus Solomea (Sachsen) auf Grund seiner reichen Erfahrungen eine religiöse Ansprache mit Schilderungen über das evangelische Leben im fernen Übersee gehalten.

* Die Feuerwehr wurde gestern, Mittwoch, 7 Uhr abends, nach Scheffelstraße 21 gerufen. Es lag Rauchüberdrang vor. Hierbei fand ein Mann heute früh 5 Uhr nach Oppellstraße 58 Gott. Hier brannten im ersten Obergeschoß des Fabrikgebäudes im Fabrikraum der um die Ecke gebaute Holzbau, das Holzraementor sowie mehrere Räume.

Sport.

Dresdner Radrennen.

Neue Weltrekordzeiten durch Rosellen.

Die am Sonntag verregneten Radrennen auf dem Weltrekordbahnen in Reick sondern am Mittwoch abend bei einem Wettkampf von 6000 Radlauern ihre Erledigung. Im 20 Kilometer ging Schröder, Dresden, an die Spitze und fuhr ein großes Rennen hinter der ausgesetzten Führung von Willi Goethel. Brummett war nach dem Sieger der dritte Fahrer im Rennen, mußte sich aber vor Schröder 9 Kilometer vor Schluss überwinden lassen. Pankow hatte unter Radfahrern zu leben, während Reitelsfeld nicht recht in Schwung kam und mehrmals den Motor wechseln mußte.

Im Geronimo-Preis legte sich Rosellen an die Spitze und fuhr von Anfang an ein Rekordtempo, dem die übrigen Fahrer nicht gewachsen waren. Nur Aufschluss hielt sich ausgezeichnet und folgte mit 750 Meter als zweiter, während Vermeer und Lehner mit über zwei Minuten Abstand auf den nächsten Plätzen folgten. In diesem Rennen stellte Rosellen für 20 Kilometer mit 14 : 42,9 (bisher Thomas 14 : 48,1) und für 30 Kilometer mit 21 : 54,2 (bisher Thomas 22 : 00) zwei neue Weltrekordzeiten vor. Rosellen fand ein klarer Sieger der 50-Zentimeter-Rennen auf und auch im 50-Kilometer-Rennen konnte Rosellen den 50-Kilometer-Rekord auf 20 : 00 (bisher Tom 20 : 35) verbessern.

Zum Großen Germania-Preis über 50 Kilometer stellten sich die sechs Fahrer Rosellen, Vermeer, Schröder, Aufschluss, Pankow, Paweł, dem Start, da Schröder infolge Schulterschmerzen, eine Folge seines letzten schweren Dresdner Sieges, nicht startete. Rosellen geht wiederum schweren überlegen mit der Spitze ab und holt sich bald von Paweł und Lehner die ersten Runden. Vermeer, Paweł und vor allem Aufschluss haben sehr unter De-

* Der Kunsthistoriker Giulio Carotti, Professor an der Technischen Hochschule in Mailand und an der Universität Pavia, ist in Mailand gestorben.

* Ueber die Verhafung des Dichters Reinhard Goering erfährt man noch folgende Einzelheiten: Goering ist verheiratet, seine Frau ist eine geborene Russin und lebt von ihrem Manne getrennt, als Sprachlehrerin in Braunschweig. Goering wohnt mit seinem Freunde, dem Berliner Gerichtsadvokaten a. D. R., zusammen, der kurze Zeit in Braunschweig sein Domizil aufgeschlagen hatte. Nach dessen Rückkehr nach Berlin blieb Goering allein in der Wohnung. Als das Wohnungsdammt erfahrt, daß R. in Berlin wohnt, verlangte es die Räumung. R. kam deshalb nach Braunschweig und stellte dabei fest, daß Goering ihm eine Reihe wertvoller Gemälde entwendet hatte. Ob Goering "Edel" Kommunist ist, wird von vielen Politikern bestreit. Richtig ist, daß er kommunistische Anschaungen vertritt. In einzelnen politischen Kreisen bringt man Goering mit einem im vergangenen Jahre verübten Bombenattentat in Verbindung. Die Verhandlung soll in Kurze stattfinden.

Das Goethe-Fest in Weimar.

Lotte Lohenstreit.

Roman von Erich Ebenstein.
(17. Fortsetzung.)

Bertie war bisher dreimal hier gewesen, um Lotte zu begrüßen, aber immer vergebens. Einmal war sie wirklich nicht zu Hause gewesen, die beiden anderen Male hatte sie ihn vom Fenster aus kommen sehen und war rechtzeitig zur Nachbarspartei entschlüpft, mit der sie von ihrer Studienzeit her oberflächlich befreundet war, da die Haustochter gleichfalls das Pädagogium besuchte. Es war wie eine blinde Angst in Lotte: Nur Bertie nicht begegnen! Seinem forschenden Blick, seinen misstrauischen Fragen fühlte sie sich noch nicht gewachsen. Denn sie fühlte ganz deutlich, daß sie zwar Mutter und Friedel hätte täuschen können, nie aber Bertie. Ihm wäre ihr verändertes Wesen sofort aufgefallen und er hätte es sicher nicht nur mit der Trauer entschuldigt. Und dann — er war ja ihr Bruder nicht! Seit sie das wußte, empfand sie eine seltsame Scham vor ihm...

Am nächsten Tag um die Mittagsstunde ließ sich Ingénieur Rosmanit bei Lotte melden. Er war seltener schwach gekleidet und siehe lebhaft bewegt. Der Zweck seines Besuches war, Lotte seine Hand anzutragen. Warum sei jetzt, wo sie noch so tief in Trauer versunken wäre, vielleicht nicht der richtige Augenblick, von seinem Hoffnungen und Wünschen zu sprechen, aber er habe gehört, daß Frau Lohenstreit vielleicht ganz von Erlösbach fortziehen werde, und da habe ihm die Angst gepackt, Lotte könnte vielleicht andere entscheidende Entschlüsse für die Zukunft fassen... usw., usw., usw., es habe ihm keine Ruhe mehr gelassen und so sei er eben hergekommen, um sie sein Bild zu schenken.

Vörmittag erkannte Lotte an: Sie sollte heiraten? Diesen fremden Mann, der ihr jetzt, wo sie zum erstenmal begriff, daß seine Wünsche, die sie bisher harmlos für liebenswürdige Freundschaft genommen — Liebe waren, mit jedem Wort fernereküste. Als er endlich schwieg und sie erwartungsvoll anblinzelte, wehrte sie hastig, fast entsezt ab. Sie fühlte seine Spur von Liebe für ihn, hoffte überhaupt für Blödmann... denke gar nicht daran, zu heiraten...

Draußen Klostgräber umarmte sie nachher entzückt. Sie hatte ans Neugier „ein wenig“ an der Tür geborcht...

„Du nimmst mir das doch nicht übel, Kind, da ich Dich doch wie eine Mutter liebe und um Dein Glückselig besorgt bin. Und ich bin so froh, daß Du ihn nicht nimmst. Denn einer, der Dich gleichfalls sehr liebt — mein Nelly Hermann Berger — wäre ja steinungsläufig gewesen, wenn Deine Antwort anders ausgefallen wäre!“ schloß sie. Lotte horchte sie bestürzt an. „Doctor Berger?...“ — „Ja. Du mußt es doch längst bemerkt haben, Lottechen!“ — „Aber ich will überhaupt nicht heiraten!“ rief Lotte bestürzt. „Nee! Bitte, Tante, sprich nie mehr mit mir darüber! Und Deinem Nelly wiederhole, was ich soeben erklärte!“ Damit verließ sie fluchtartig das Gemach. Nach Eile fuhr sie hinaus nach St. Jakob.

10. Kapitel.

Der Tauwind fuhr mit lindem Hauch durchs ländliche Geheimnis, als Lotte endlich vor dem Parktor von Wolfsbag anlangte. Sie war mit der Straßenbahn, die in St. Jakob eine Endhaltestelle besaß, herausgefahren und hatte den Rest des Weges zu Fuß zurückgelegt, obwohl infolge des plötzlichen eingetretenen Tauwetters die Landstraße in ein Sottemer verwandelt worden war. Nun stand sie deskommen am Portal und starzte hinunter in den großen Park. Es war doch schwerer, als sie gedacht hatte. Bisher erschien ihr alles so selbstverständlich. Aber nun — was sollte sie eigentlich sagen? Wie beginnen?

Was sie hier sah, war auch nicht danach, ihr Mut einzuflößen. Alles sah düster und traurig aus. Die vielen dunklen Nadelbäume, welche hellenweise fast einen Wald bildeten, dazwischen kleine schiefe Nadelstiele. Vom Tor bis zum Schloß, das grau, verwittert und schmutzig aussah, eine schmucklose Allee sahler Lindenbäume. Der Himmel grau, regnerisch, die Wege schlecht geplastert, voll trüber Wasserlachen. Und dabei ringsum ein beständiges Gluckeln und Tropfen von allen Bäumen, just als weinte die ganze Natur. Der Eindruck wurde nicht freundlicher, je näher Lotte dem Schloß kam. Ganze Reihen verschlossener Fenster mit herabgelassenen Vorhängen, das schwere eisenbeschlagene Eingangstor geschlossen, kein Mensch weit und breit zu sehen.

Lotte drückte auf den Knopf der elektrischen Bellung, der sich neben dem Tor befand. Innen Klingelte es. Dann kam ein alter Mann, öffnete und fragte mürrisch nach ihrem Begehr. „Ich möchte Herrn von Wiesfeld sprechen.“

„Der gnädige Herr ist beschäftigt und empfängt überwiegend keine Besuche.“ Lotte befaßt sich auf die Wohnung im Wiesfelds Brief und fragte nach der Hofräerin Marienberg. Schweigend führte der märtyrische alte Mann sie in einen kleinen Salon.

Gleich darauf erschien eine sehr alte, runde Dame mit weichem Scheitelhaar und freundlichem Gesicht. Sie schien seltsam bewegt, fast verwirrt, als Lotte ihren Namen nannte. „Fräulein Lohenstreit? Wie mich das freut, bitte, nehmen Sie doch Platz. Meine Nelly ist bereits verständigt. Inzwischen erzählen Sie mir von Ihrer lieben Mutter... bitte, Sie sind doch wohl? Was macht sie immer? Lebt sie noch in Weißbach? Ich glaube, so sieht der Ort?“ Die Hofräerin sprach rasch, als wolle sie damit eine innere Erregung niederkämpfen.

Lotte gab Bescheid. Sie erzählte, daß Lohenstreit schon vor zwanzig Jahren von Weißbach nach Erlösbach übergesiedelt waren, und welcher Verlust sie dort fürchtlich gestroffen hätte. „Und nun hat Ihre Mutter Sie hierher gesandt?“ fragte Frau von Wartenberg, die aufmerksam zuhörte. „Sie gehört hatte, gespannt und guckte dabei Lotte immer seitlich bewegt in das erregte Gesichtchen.

„Die Lotte antworten konnte, öffnete sich die Tür und Wiesfeld trat ein. Er sah stark gealtert und sichtlich leidend aus, wodurch sein Gesicht noch ernster, düsterer erschien. Aber ein freundlicher Schimmer flog nun verklärend wie ein verlorener Sonnenstrahl darüber hin, als sein Blick Lotte traf. „Seien Sie willkommen auf Wolfsbag, gnädiges Fräulein! Es ist hübsch, daß Sie den alten Griesgram, der Sie damals auf Ihrer ersten Autofahrt begleiten durfte, nicht vergessen haben und sich nun an ihn wenden. Worin kann ich Ihnen dienlich sein?“ — Lottes Blick, der unverwandt an seinem Gesicht hing, senkte sich. „Ich möchte Ihnen dies lieber unter vier Augen sagen,“ murmelte sie verlegen.

Wiesfeld zog verblüfft die buschigen, grauen Brauen hoch, die seine tiefliegenden Augen noch düsterer erscheinen ließen. Dann wechselte er einen Blick mit der Hofräerin, die sich sofort erhob. „In diesem Falle muß ich Dich bitten, Tante Justa, uns allein zu lassen.“ (Fortsetzung folgt.)

MU

In Klondike bei Goldfieber
MU ihre Kehlen leizen:
Ihre bleibt Matheus Müller
Höflichkeit von allen Schäken



O. Ritter / A. H. -

Das große Sommerfest

der Hochschule für bildende Künste

zu Ehren der nordischen Gäste
Sonnabend den 17. Juni 1922, Ausstellungspalast
zu Gunsten notleidender Studierender

Eine Sommernacht im Polarlicht

Beginn 5 Uhr. Ende unbeschränkt.

Eintrittspreis: Reichsdeutsche 50 M., Ausländer 75 M.

Bunte Kostüme oder Sommertoliette erwünscht.

Mitwirkende:

Fräulein Opernsängerin
Elisabeth Rethberg

Herr Kammersänger

Richard Tauber

das Philharmonische Orchester unter persönlich. Leitung von Herrn
Edwin Lindner

das Tänzerpaar

Tia Matja (Regine-Palast) Erik Garden

Engelbert Milde (Kümmer-Spiele)

Die Gaukler.

Kartenverkauf: Hauptmeister Raach, Hochschule für bildende Künste, Brühlsche Terrasse, Re-Ka, Konzertdirektion Ries, Modehaus v. Carlowitz, Bismarckplatz, Zigarettenhaus Haubold & Unterdörfer, Sachsemp.

Hans Weisenborn

Weingroßhandlung
Dresden-N.

Hauptstr. 24. Kontor: Fernspr. 22005.
Weinstuben: 16106.

Union-Caste Line

Kgl. Post-, Passagier- und Frachtdampfer nach

Süd- und Ost-Afrika

Über West- und Ostküste.

Regelmäßige Abfahrten von London, Antwerpen, Rotterdam und Hamburg. Schneldampfer ab Southampton jeden Freitag. Vorzügliche Reisegelegenheit für Passagiere.

Nähre Auskunft durch

SUHR & CLASSEN, Hamburg,
und die übrigen Agenten in Deutschland.

Rich. Maune

Dresden-Löbtau, Theresienstr. 29.

Spezialfabrik für

Krankenfahrräthe

(auch lebensweise), Zimmer-

roll- u. mechan. Ruhefahrt, Bett- u.

Lesefahrst., verstell. Rückenröhre,

Fahr- u. Tragbahnen, sow. Operat.- u. Untersuchungstheile.

1922 Deine Reise zu ungewohnt gefallen,
So braucht dazu Du nur
die „Bartweck“-Klingen zu halten

Herrfurth's Solingen Stahlwarenfabrik
und Dampfschleiferei

NUR Große Brüdergasse 43
(an der Sophienkirche).

1. Anmelungen zur Ausübung des Begehrungsrechts haben bei Vermietung des Mietobjekts vom 10. Juni 1922 bis einschließlich 3. Juli 1922

in Berlin bei dem Bankhaus G. Loewenberg & Co., Unter den Linden 43.

• Bonn bei dem Bankhaus Stahlhachmidt & Co.,

• Chemnitz beim Chemnitzer Bank-Verein,

• Dresden beim Chemnitzer Bank-Verein,

• Freiberg beim Chemnitzer Bank-Verein, Filiale Freiberg,

• Hamburg bei der Norddeutschen Bank- und Handels-Kommandit-
Gesellschaft, Steck & Co., Laelzschof,

• Neustadt i. Sa. bei Neustädter Bank

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden zu erzielen, und zwar

pro forma, sofern die alten Akten, nach der Nummerfolge geordnet, ohne

Wiederholung, mit einem doppelten Anschlagzeichen versehen, welche Formulare bei den genannten Stellen erhältlich sind, eingerichtet werden.

Sammt die Ausübung des Rechts der Abtrennung erfolgt, werden die Begehrten, wie übliche Begehrungsformulare, in Berechnung gebracht.

2. Die Aktenmarken, ihr welche das Begehrungsrecht ausgestellt wird, werden abgekennzeichnet und zurückgegeben.

3. Der Begehrungsrechts für die neuen Akten ist bei der Vermietung in Höhe von

130,-, — Ihr jede Akte zugänglich Schlußfiktionskennzeichen hat einzuhängen.

4. Über die geistige Eigentum wird Gültigkeit erzielt.

5. Die Aktenmarken über die neuen Akten werden bei denjenigen Stellen, bei

welcher die Eigentum geöffnet ist, nach Veröffentlichung gegen Gültigung und Rückgabe der Ressortaufgabe über die Gültigkeit ausgestellt.

6. Die Vermietung des Miet- und Verkaufes der Begehrungsrechts einzelner Akten übernehmen die Aktenstellen.

7. Formular für die Anmelungen und bei den oben genannten Stellen erhältlich.

Muldentalwerke Aktiengesellschaft in Freiberg i. Sa.

Bezugsangebot auf neue Aktien.

Die außerordentliche Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 20. Mai 1922 hat beschlossen, das Gründungskapital der Gesellschaft von 20 000 000 um 40 000 000 auf 60 000 000 durch Ausschüttung von Stück 60 000 neuen auf den Inhaber lastenden Aktien über je 4 1000 unter Ausschluß des geistlichen Bezugsrechts der Akteure zu erhöhen. So gelangen

60 000 Stamm-Aktien

und 2 000 Vorzugs-Aktien

per Ausschüttung.

Die neu ausgegebenen Aktien, welche für das laufende Geschäftsjahr halbe Dividendenberechtigung erhalten, sind von einem Komiteum mit der Verpflichtung übernommen worden, den einen Aktienblock einen Teil der neuen Stamm-Aktien in der Welt zum Segen einzubringen, daß auf 4 1000 Stamm-Aktien 1 Stamm-Aktie = 1000 Vorzugs-Aktien, also Stamm-Aktien = 1000 Vorzugs-Aktien jungen Stamm-Aktien zum Preis von 130,- bezogen werden können.

Nachdem bei der Eröffnungsversammlung am 13. Juni 1922 in das Gesellschaftsregister eingetragen worden ist, werden wir die Akteure unserer Gesellschaft unter nachstehenden Bedingungen ausgestalten:

1. Anmelungen zur Ausübung des Begehrungsrechts haben bei Vermietung des Mietobjekts vom 10. Juni 1922 bis einschließlich 3. Juli 1922

in Berlin bei dem Bankhaus G. Loewenberg & Co., Unter den Linden 43.

• Bonn bei dem Bankhaus Stahlhachmidt & Co.,

• Chemnitz beim Chemnitzer Bank-Verein,

• Dresden beim Chemnitzer Bank-Verein, Filiale Freiberg,

• Hamburg bei der Norddeutschen Bank- und Handels-Kommandit-Gesellschaft, Steck & Co., Laelzschof,

während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden zu erzielen, und zwar

pro forma, sofern die alten Akten, nach der Nummerfolge geordnet, ohne

Wiederholung, mit einem doppelten Anschlagzeichen versehen, welche Formulare bei den genannten Stellen erhältlich sind, eingerichtet werden.

Sammt die Ausübung des Rechts der Abtrennung erfolgt, werden die Begehrten, wie übliche Begehrungsformulare, in Berechnung gebracht.

2. Die Aktenmarken, ihr welche das Begehrungsrecht ausgestellt wird, werden abgekennzeichnet und zurückgegeben.

3. Der Begehrungsrechts für die neuen Akten ist bei der Vermietung in Höhe von

130,-, — Ihr jede Akte zugänglich Schlußfiktionskennzeichen hat einzuhängen.

4. Über die geistige Eigentum wird Gültigkeit erzielt.

5. Die Aktenmarken über die neuen Akten werden bei denjenigen Stellen, bei

welcher die Eigentum geöffnet ist, nach Veröffentlichung gegen Gültigung und Rückgabe der Ressortaufgabe über die Gültigkeit ausgestellt.

6. Die Vermietung des Miet- und Verkaufes der Begehrungsrechts einzelner Akten übernehmen die Aktenstellen.

Greifberg, den 14. Juni 1922.

Muldentalwerke Aktiengesellschaft.

Hentschel.

Keine
grauen Haare

Ganzheitlich
Zum ersten Mal seit Jahrzehnten
keine graue Haare mehr!

Aluminium-
Böden